Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos. München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck - Konto: München 3987

Nr. 21 | **München, 23. Mai 1930** | **17. Jahrgang**

1930 Wochenkalender 5690

	Mai	Ijar	Bemerkungen
Sonntag	25	27	Omer 42
Montag	26	28	Omer 43
Dienstag	27	29	י״כ קטן Omer 44
Mittwoch	28	Siwan 1	ראש חדש Omer 45
Donnerstag	29	2	Omer 46
Freitag	30	3	Omer 47
Samstag	31	4	במדבר Omer 48 הפטרה והיה מספר (Hos. 2, 1—22) פרק ו׳

8. ordentl. Delegiertentagung des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands



Sonntag, den 8. Juni 1930
abends 20[30] Uhr in der

TONHALLE
Prinz-Ludwig-Straße

in Anwesenheit des Dichters

„JEREMIAS"

Dramatisches Gedicht von **Stefan Zweig,**
aufgeführt von der Künstlerischen Arbeitsgemeinschaft des Jüdischen Jugendvereins Düsseldorf.

Karten zu RM. 3.— und RM. 2.— (ohne Steuer) / Schriftliche Bestellungen bei Herrn Dr. Wellisch, München, Holbeinstr. 6 / Vorverkauf u. Abholung der bestellten Karten vom 4.—6. Juni vorm. 10—12 Uhr und nachm. 16—18 Uhr im Tagungsbüro, Tonhalle.

Vorträge von Dr. Ernst Simon,
Kunstgewerbehaus, Pfandhausstraße 7

Mittwoch, den 4. Juni 1930, 20 Uhr:
Franz Rosenzweig

Donnerstag, den 5. Juni 1930, 20 Uhr:
Traditionelles Judentum u. moderne Erziehungsfragen

Jüdisches Jugendheim München

Das Jüdische Echo

Nummer 21 **23. Mai** **17. Jahrgang**

Suspendierung der Chaluz-Einwanderung in Palästina

Die Jewish Agency interveniert

London, 18. Mai. (JTA.) Über die Zurückziehung der von der Palästinaregierung bewilligten neuen Einwandererzertifikate durch das Londoner Kolonialamt erfährt die Jüdische Telegraphen-Agentur: Die Jewish Agency hat sich um 3300 Einwanderungszertifikate (für 2300 männliche und für 1000 weibliche Einwanderer) auf der Basis der ernsten Bedürfnisse jeder Kolonie beworben. Die Palästina-Regierung hat in Anerkennung der Erforderlichkeit neuer Arbeitskräfte in Palästina auf Grund ziffernmäßiger Unterlagen die Einwandererzertifikate in der gewünschten Zahl erteilt. Das Kolonialamt in London hat nun diese Zertifikate bis zur Beendigung der Untersuchung Sir John Simpsons suspendiert. 750 Einwandererzertifikate aber, die am 17. Februar d. J. auf der Basis der alten Schedule gewährt worden waren, sind von dieser Suspendierung nicht berührt und bleiben in Kraft. Die Jewish Agency hat wegen der Suspendierung der neuen Schedule Vorstellungen beim Kolonialamt erhoben.

Die Zionistische Organisation wurde von offizieller Seite dahin informiert, daß die Suspendierung der Einwanderung nach Palästina eine vorübergehende Maßnahme sei. Die Regierung S. Majestät, so lautete das offizielle Statement, wünscht, klar zum Ausdruck zu bringen, daß ihr Entschluß, das Mandat für Palästina zwecks Errichtung eines jüdischen Nationalheims in diesem Lande zu übernehmen, nicht durch Gewaltmittel seitens gewisser Elemente der Palästinabevölkerung erschüttert worden ist und auch in Zukunft nicht erschüttert werden wird. Die britische Regierung und die Regierung Palästinas sind entschlossen, die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten und die Entwicklung seiner Hilfsquellen zum Wohle aller Bewohner des Landes zu fördern.

Eine Erkärung Chancellors an die Araber

Jerusalem, 16. Mai. (JTA.) Die arabische Zeitung „Al Hayat" teilt mit: Der Vizepräsident der Arabischen Exekutive besuchte den Oberkommissar Sir John Chancellor und gab der Entrüstung der Araber über den Abbruch der Verhandlungen in London Ausdruck. Sir John Chancellor sagte im Verlauf der Unterredung, die britische Regierung sei bestrebt, die Palästinafrage gemäß den arabischen Wünschen zu lösen. (?) Der Oberkommissar sagte auch noch, er habe vom Kolonialamt in London Instruktionen erhalten, die Einwanderung einzustellen, bis die von Sir John Hope Simpson in Angriff genommene Untersuchung der Fragen des Bodens und der Einwanderung durchgeführt sein wird.

Eine Erklärung der Agency-Exekutive in Palästina
Protest beim High Commissioner

Jerusalem, 19. Mai. (JTA.) Die Exekutive der Jewish Agency für Palästina hat das folgende Statement erlassen:

Die Exekutive der Jewish Agency hat den Wunsch, die Öffentlichkeit über die Tatsachen, die mit der laufenden Einwanderungs-Schedule im Zusammenhang stehen, zu informieren. Am 17. Februar bewilligte die Palästinaregierung auf Grund von Vorstellungen seitens der Exekutive 750 Einwandererzertifikate als Vorschuß auf die Schedule für das Halbjahr April-September. Am 17. März unterbreitete die Exekutive der Palästina-Administration in regulärer Form ein Ersuchen um Gewährung einer halbjährlichen Schedule für Arbeitereinwanderung in Höhe von 3143 Einwanderern. Am 12. Mai teilte der Haupteinwanderungsbeamte der Exekutive offiziell mit, daß er, nachdem der High Commissioner im Exekutiverat die Schedule einer Erwägung unterzogen hatte, ermächtigt worden sei, 3300 Zertifikate, die obigen 750 eingeschlossen, zu gewähren. Am 14. Mai wurde Colonel Kisch eingeladen, den Chefsekretär zu besuchen. Dort wurde ihm mitgeteilt, daß der High Commissioner auf Anweisung des Staatssekretärs für die Kolonien hin die Annullierung der in dem Schreiben vom 12. Mai bestätigten Zertifikate verfügt habe; diese bleiben bis zur Vorlegung der Ergebnisse der Untersuchung von Sir John Hope Simpson suspendiert. Colonel Kisch suchte sofort um ein Gespräch mit dem High Commissioner an und legte diesem gegenüber im Namen der Jewish Agency nachdrücklichen Protest ein gegen die Suspendierung der von der Palästinaregierung als vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt gerechtfertigten Einwanderungs-Schedule, eine Suspendierung, die aus politischen Gründen erfolgt ist. Die Suspendierung der Schedule ist nachher der Exekutive formell in einem 16. Mai datierten Schreiben des Haupteinwanderungsbeamten mitgeteilt worden; dieses Schreiben enthält zugleich die Mitteilung über die Bestätigung der 750 Zertifikate, die noch vor Bewilligung der Schedule als Vorschuß gewährt wurden; 485 Zertifikate wurden gleichzeitig überwiesen.

Die Einwanderung anderer Kategorien, heißt es am Schluß des Statements, wurde von der letzten Verfügung nicht betroffen.

Große Erregung in der palästinensischen Judenheit

Jerusalem, 19. Mai. (JTA.) Die Suspendierung der Einwanderer-Schedule für das Halbjahr April-September wird in den maßgebenden jüdischen Kreisen Palästinas als der schwerste Schlag empfunden, der der Bewegung für das jüdische Nationalheim seitens der britischen Regierung seit der Einstellung der Einwanderung im Jahre 1921 (nach den Unruhen in Jaffa) und dem darauffol-

genden Weißbuch zugefügt wurde. Dieser von London her geführte Schlag, so wird hier geäußert, trifft aber nicht allein die zionistische Führerschaft, sondern es bedeutet auch eine scharfe Zurücksetzung der Palästina-Administration, die ja die neue Einwanderungsquote aus wirtschaftlichen Gründen im Interesse des Landes bewilligt hat. Mag man die Suspendierung noch so milde beurteilen, mag man ins Treffen führen, daß es sich doch nur um eine Einstellung der Einwanderung handelt, und daß eine laufende Einwanderung für die nächsten Monate auf Konto der früher bewilligten Quote erlaubt worden ist, so ist doch das Verbot — so wird es hier empfunden — Symptom einer von der britischen Regierung eingeschlagenen gefährlichen Politik. Einer Politik, die sich darin äußert, daß gegenüber den Juden politische Gesten in der Form von Versicherungen der Aufrechterhaltung des Mandates gemacht, gleichzeitig aber den Arabern wirtschaftliche Konzessionen auf Kosten der Juden gewährt werden. Man empfindet es hier als beleidigend, daß der High Commissioner Sir John Chancellor die Mitteilung über die Suspendierung der Schedule dem Vizevorsitzenden der palästinensisch-arabischen Exekutive gemacht hat, bevor noch die Zionistische Exekutive über die Suspendierung informiert wurde. So kam es, daß das Organ der arabischen Exekutive „Al Hayat" die erste Zeitung war, die die Mitteilung über die Suspendierung gebracht hat. Welches immer auch die Ergebnisse der Studien von Sir Hope Simpson sein mögen, so gibt es doch heute niemand, der ernstlich behaupten wollte, daß Palästina nicht fähig ist, innerhalb der nächsten sechs Monate 3300 jüdische Einwanderer aufzunehmen; herrscht doch gegenwärtig ein fühlbarer Mangel an Arbeiterhänden. Man empfindet es als ein Unglück für ein Land, wenn für wirtschaftliche Maßnahmen einschneidendster Art politische Erwägungen maßgebend sind. Die zionistische Führerschaft ist entschlossen, diese Politik mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen.

Am 22. Mai Proteststreik der Judenheit Palästinas

Tel-Awiw, 19. Mai. (JTA.) Waad Leumi (Nationalrat der Juden Palästinas und exekutives Organ der Nationalversammlung (Asefat Haniwcharim) hat in einer außerordentlichen Sitzung den Beschluß gefaßt, die gesamte Judenheit Palästinas aufzufordern, am Donnerstag, dem 22. Mai, zum Protest gegen die Suspendierung der für April bis September gewährten 3300 Einwanderungszertifikate die Arbeit niederzulegen. Dieser Generalstreik der palästinensischen Judenheit wird am Donnerstag mittags beginnen und bis zum Abend andauern. Sämtliche Vergnügungsstätten werden geschlossen sein. Es wurde ein Streikkomitee gebildet, dem der Bürgermeister von Tel-Awiw Dizengoff, Eliezer Kaplan und der Bruder von Rabbi Kook angehören. Über das Erscheinen oder das Nichterscheinen der hebräischen Zeitungen am Streiktage ist ein Beschluß noch nicht gefaßt worden.

*

In ganz Palästina werden Protestversammlungen veranstaltet; ebenso in allen jüdischen Zentren.

* * *

Die letzten Maßnahmen der englischen Regierung haben in der zionistischen Welt außerordentliche Empörung hervorgerufen. Hat schon die Ernennung eines Spezialkommissars in der Person von Sir John Simpson, offenbar ohne jede vorherige Fühlungnahme mit den zionistischen Instanzen vor allem den Jischuw, und zwar in allen seinen Teilen sehr verstimmt, so ist die Suspendierung der bereits von der Palästinaregierung gewährten Zertifikate durch das Kolonialamt und die bisher doch wohl einzigartig dastehende Tatsache, daß der Oberkommissar Sir John Chancellor diese neue Verordnung, bevor er sie der zionistischen Palästinaexekutive bekanntgab, einem arabischen Blatt mitteilte, das sie denn auch in sensationellster Weise veröffentlichte, ein so unerhörter Schlag gegen die zionistische Bewegung und ihr Palästinawerk, daß Befürchtungen über einen bevorstehenden demonstrativen Kurswechsel der englischen Politik trotz aller beruhigenden Versicherungen nicht ungerechtfertigt erscheinen.

Die Jewish Agency hat Vorstellungen beim Kolonialamt erhoben. Und sie kann es mit guten Gründen. Denn alle Meldungen aus Palästina berichten von einem Mangel an Arbeitern, und es besteht kein Zweifel, daß auch 3000 Chaluzim in kurzer Zeit von der palästinensischen Wirtschaft aufgenommen und produktiv untergebracht sein würden. Selbst wenn man sich also auf die Formel von der Einwanderung nach der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes einläßt, bestand keinerlei wie immer geartete Notwendigkeit für eine so plötzliche und rigorose Suspension.

Ob die von der Jewish Agency sofort eingeleiteten Schritte Erfolg haben werden, steht dahin: eines aber ist klar: das Vertrauen der zionistischen Welt in die Aufrichtigkeit der englischen Versprechungen, besonders derjenigen der Arbeiterregierung und in die Stetigkeit, Konsequenz und Kraft der englischen Politik, bereits aufs schwerste erschüttert durch die Vorgänge der letzten Monate, ist dahin. Und das dürfte seine Folgen auch in der zionistischen Politik haben, die sich hoffentlich nicht nur in Protesten erschöpft, sondern in einer großen Kraftanspannung jetzt erneut zu beweisen hat, daß wir unseren gerechten Anspruch auf friedliche Siedlung in Palästina nie aufgeben werden, — mögen Umstände, Regierungen und was immer auch noch so sehr gegen uns sein. I. E.

Frick regiert . . .

Die Errichtung einer Rassenprofessur in Thüringen beschlossen

Weimar, 15. Mai. (JTA.) Das thüringische Staatsministerium hat auf Antrag des Kultusministers Dr. Frick beschlossen, einen Lehrstuhl für Rassenkunde an der Universität Jena einzurichten und ihn durch den Rassenschriftsteller und Antisemiten Dr. Günther zu besetzen. Nach außen hin wird das Fach Dr. Günthers den Namen „Soziale Anthropologie" tragen. Das Staatsministerium hat die Ablehnung eines solchen Lehrstuhls durch die Fakultäten nicht berücksichtigt. Insbesondere hat sich die Universität gegen die Berufung Dr. Günthers ausgesprochen, dessen antisemitische Werke keinerlei wissenschaftliche Qualität haben.

Eine neue antisemitische Verordnung Fricks

Weimar, 15. Mai. (JTA.) Das thüringische Innenministerium hat eine Verordnung an die Stadtverwaltungen erlassen, in der bestimmt wird, das Gesuche fremdrassiger Ausländer um Naturalisierung grundsätzlich abgelehnt werden müssen. Nur in besonderen Ausnahmefällen sollen derartige Anträge dem Innenminister zur Begutachtung vorgelegt werden. Hierzu wird noch mitgeteilt, daß

der Begriff „fremdrassig" von Fall zu Fall entschieden werden soll.

Die Verklausulierungen in dieser Verordnung haben, wie man hier annimmt, den Zweck, nichtjüdischen und nichtdeutschen Ausländern die Tür für die Naturalisierung offen zu halten.

Kommt ein Konflikt mit dem Reich?

Dr. Wirths Brief an den thüringischen Staatsminister

Im Haushaltausschuß des Reichstages verlas am Dienstag Reichsinnenminister Dr. Wirth den Brief, den er in der Angelegenheit Frick an den Vorsitzenden des thüringischen Staatsministeriums, Staatsminister Baum, gerichtet hat:

„Von ihrer Mitteilung, daß sich das thüringische Gesamtministerium mit der Frage der Errichtung von Polizeidirektorstellen noch nicht befaßt hat, habe ich mit Dank Kenntnis genommen. Ich hoffe und wünsche, daß es Ihnen möglich sein wird, die bevorstehende Beschlußfassung dahin zu beeinflussen, daß eine Wiederaufrollung der Meinungsverschiedenheiten, die ich durch unsere Aussprache als erledigt ansehen durfte, vermieden werden kann. Es ist Ihnen aus unserer Besprechung bekannt, welche Bedeutung für meinen Entschluß, die von meinem Herrn Amtsvorgänger verfügte Sperre der Polizeizuschüsse aufzuheben, Ihre Erklärung gehabt hat, daß seit der Ernennung des Herrn Ministers Dr. Frick nur solche Veränderungen in der thüringischen Landespolizei vorgenommen worden sind, die bereits vor seinem Amtsantritt in Aussicht genommen waren, daß insbesondere kein Nationalsozialist in die thüringische Landespolizei aufgenommen worden ist. Diese Tatsache ist für mich der entscheidende Grund meiner Stellungnahme gewesen. Die Ernennung eines als Angehöriger der Nationalsozialistischen Partei bekannten Beamten zum Leiter einer größeren Behörde der staatlichen Polizei würde zweifellos großes Aufsehen erregen und mit Rücksicht auf die erzielte Einigung die Reichsregierung und auch die thüringische Regierung in eine peinliche Lage versetzen.

Was die grundsätzliche Frage anbetrifft, ob ein Nationalsozialist Beamter sein kann, so hat mein Ministerium unter meinen Amtsvorgängern ständig den Standpunkt vertreten, daß ein Beamter sich zu einer staatsfeindlichen Partei „bekennen" könne, aber nicht in diesem Sinne sich „betätigen" dürfe. Die Frage, ob die Nationalsozialistische Partei staatsfeindlich ist, müßte ich hier unerörtert lassen. Selbst wenn man die Frage verneinen und zu der Ansicht kommen sollte, daß die Nationalsozialistische Partei die Änderung der heutigen Staatsform lediglich auf legalem Wege betriebe, würde die Einstellung eines in der Nationalsozialistischen Partei tätigen Beamten in eine leitende Stelle der Staatspolizei schweren Bedenken begegnen können. Ich könnte mir denken, daß dieser Gesichtspunkt bei der Prüfung der Frage, ob eine solche Einstellung mit den Grundsätzen über die Gewährung von Polizeikosten durch das Reich an die Länder vereinbar sei, eine ausschlaggebende Rolle spielen wird.

Wenn ich im vorstehenden, ohne meine eigene Auffassung zum Ausdruck zu bringen, Ihnen die schweren Bedenken nur angedeutet habe, so wollen Sie daraus meine große Besorgnis ersehen, daß die kürzlich beigelegte Meinungsverschiedenheit zwischen dem Reich und Thüringen neu aufleben könnte. Aus dieser Sorge heraus möchte ich auch auf einen anderen Vorgang hinweisen, der in der Öffentlichkeit und besonders in mir nahestehenden Kreisen unliebsames Aufsehen erregt hat. Nach unwidersprochenen Zeitungsmeldungen hat Minister Frick durch einen Erlaß den thüringischen Schulen mehrere Schulgebete empfohlen. In diesen Gebeten ist nicht ohne Grund eine betont parteipolitische Einstellung erblickt worden, die um so peinlicher empfunden wird, als Herr Minister Frick in der Sitzung des Haushaltsausschusses des Thüringer Landtages erklärt haben soll, daß die Gebete sich ‚gegen rassenfremde Elemente, nämlich die Juden', richten sollten. Ich darf gestehen, daß dieser Vorgang den Reichsminister des Innern, der über Sinn und Geist der Weimarer Verfassung pflichtgemäß zu wachen hat, schmerzlich berühren muß. Die Betonung politischer Dinge in einem Teil der empfohlenen Gebete und die von Herrn Minister Dr. Frick ihnen im Anschluß beigelegte Tendenz werfen von selbst die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit auf. Erlauben Sie mir noch, mit allem Freimut als Mensch und Christ die Bemerkung hinzuzufügen, daß politische Hinweise in solchen Gebeten nach meiner persönlichen Auffassung dem Sinn des Religiösen widersprechen."

Dr. Wirth erklärte, daß er abschließend zu der Angelegenheit so lange keine Stellung nehmen könne, als eine Antwort von Staatsminister Baum noch nicht eingetroffen ist.

Neuer schächtgegnerischer Vorstoß

Eine Anfrage des Münchner Tierschutzvereins

Der Münchner Tierschutzverein richtete an die bayerische Staatsregierung eine öffentliche Anfrage, in der es u. a. heißt:

„Am 8. Juli 1926 hat der Bayerische Landtag die Staatsregierung beauftragt, ‚alsbald' ein Gesetz über das Schlachten von Tieren vorzulegen. Nach unausgesetztem dreieinhalbjährigem Drängen ist das Gesetz von der Regierung im Januar 1930 endlich eingebracht worden. Noch am 29. Januar 1930 wurde es vom Landtage verabschiedet. Es bestimmt in seinem Artikel 4, daß es am 1. Oktober 1930 in Kraft zu treten habe. Da das Gesetz nicht als ‚dringlich' bezeichnet wurde, konnte dagegen innerhalb dreier Monate von der Wählerschaft oder vom Gesamtministerium die Volksentscheidung angerufen werden. Wurde ein solcher Volksentscheid nicht angerufen, so war das Gesetz unverzüglich nach Ablauf der dreimonatigen Frist gemäß § 62 Abs. I der bayerischen Verfassung vom Landtagspräsidenten und Gesamtministerium auszufertigen und zu verkündigen.

Ein Volksentscheid ist weder durch Beschluß des Gesamtministeriums noch durch Volksbegehren angerufen worden. Die dreimonatige Frist ist am

29. April abgelaufen. Das Gesetz ist gleichwohl bis heute noch nicht verkündigt.

Auf eine Anfrage im Staatsministerium des Innern, wann das Gesetz verkündet werde, wurde uns erklärt, eine Antwort hierauf könne nicht gegeben werden. Nun wissen wir freilich von anderer Seite, daß Bemühungen der Schächtanhänger in Deutschland im Gange sind, eine Aussetzung der Verkündung zu erreichen, bis der Antrag des Zentrums-Abg. Bell (reichsrechtlicher Schutz des betäubungslosen Schächtens) im Reichstag angenommen sei. Es haben ferner im März d. J. der Präsident des ‚American Jewish Committee', das sich nach Mitteilung der deutschen Botschaft in Washington ‚mit der Wahrung jüdischer Rechte in der Welt beschäftigt', und der Hauptschriftleiter der ‚Jewish Telegraphic Agency' in Neuyork die deutsche Botschaft in Washington gebeten, die bayerische Regierung auf die durch den Landtagsbeschluß vom 29. Januar ‚entstehende Mißstimmung in den jüdischen Kreisen der Vereinigten Staaten aufmerksam zu machen' und die deutsche Botschaft in Washington, das Auswärtige Amt und der Reichsminister des Innern Wirth glaubten dieser Bitte entsprechen zu sollen.

Wir weigern uns aber, anzunehmen, daß jene Bemühungen und diese Mißstimmung den maßgebenden Stellen des Freistaates Bayern beachtlicher erscheinen als der Beschluß des Bayerischen Landtages und die Bestimmungen der bayerischen Verfassungsurkunde. Die unverzügliche Ausfertigung und Verkündung eines vom Landtag beschlossenen Gesetzes nach Ablauf der dreimonatigen Frist ist die verfassungsmäßige Pflicht der dazu berufenen Stellen.

An diese Stellen richten wir daher, zugleich im Namen der angeschlossenen bayerischen Tierschutzvereine, hiermit öffentlich die Frage: Warum wurde das vom Landtage beschlossene Gesetz noch nicht verkündigt? Wann wird es verkündigt werden?"

Man muß es dem Tierschutzverein lassen: er versteht es trefflich hinter an sich unverfänglichen Redewendungen ausgesprochen antisemitische Argumente zu verstecken; auf die Antwort der bayerischen Staatsregierung wird nicht nur der Tierschutzverein gespannt sein.

Fortdauer der antisemitischen Exzesse in Rumänien

Bukarest, 13. Mai. (JTA.) Nach der Teilnahme an einer 10.-Mai-Feier zogen zahlreiche rumänische Jünglinge, fast durchwegs Studenten, über die Piatza Unirii in die Strada Lapusneanu und malträtierten alle jüdischen Personen, die ihnen entgegenkamen. Es wurden zahlreiche Bürger überfallen und blutig verprügelt.

Bukarest, 14. Mai. (JTA.) Die neue Serie der antisemitischen Exekutive in Rumänien setzt sich fort. Am Sonntag abends war Galatz der Schauplatz wüster antisemitischer Ausschreitungen. Cuzistische Agitatoren und Mitglieder der Ortsgruppe des Verbandes „Eiserne Garde", deren Führer Celea Codreanu ist, drangen in das Theater „Paradies" ein, wo gerade eine jüdische Theatergruppe eine Vorstellung gab, und mißhandelten die Besucher und die Schauspieler. Die Polizei intervenierte und verhaftete drei Juden und einen Cuzisten. Nach dem Überfall im Theater exzedierten die Cuzisten im Volksgarten von Galatz, wobei sie mehrere jüdische Passanten mißhandelten. Unter der jüdischen Bevölkerung von Galatz herrscht über diese Ausschreitungen starke Erbitterung.

Bukarest, 16. Mai. (JTA.) Die antisemitischen Exzesse in Bukarest, in mehreren Städten Altrumäniens und im Kreise Marmorosch dauern an. Vor dem Studentenheim in Bukarest wurde Rabbiner Katz, als er dort vorbeiging, von Insassen des Heims fürchterlich mißhandelt.

Die Ortschaften Sziget, Borscha und Wiseu, die bereits Schauplatz schwerer antisemitischer Ausschreitungen in der letzten Woche gewesen sind, stehen immerwährend unter dem Terror einer mehr als hundert Köpfe zählenden antisemitischen Bande, die von dem angeblichen Studenten Banila und dem Pfarrer Andrej Berindei angeführt wird. Die Mitglieder dieser Bande fordern die Bauernschaft der Umgebung auf, über die Juden in den Städten herzufallen, sie zu berauben und die Beute unter sich zu verteilen. Banila wurde von der Gendarmerie verhaftet, der Pfarrer Berendei aber auf freien Fuß gelassen. Die jüdischen Einwohner des Städtchens Borscha, das 3000 jüdische Familien zählt, werden unaufhörlich von den Cuzisten mißhandelt. Der Fuhrwerksbesitzer Chaim Stern wurde blutig geschlagen und schließlich gezwungen, aus einer Höhe von zwei Metern in das Wasser des Viseu zu springen, wodurch an ihm eine „symbolische Taufe" vollzogen wurde. Die Tochter des Abraham Glanz wurde aus der Wohnung ihrer Eltern geholt und ebenfalls zur „Taufe" in den Fluß Viseu geworfen. Das gleiche passierte dem Kaufmann Abraham Inger.

Bukarest, 18. Mai. (JTA.) Während sich im Zentrum von Bukarest die Kämpfe zwischen den Gendarmen und Verkäufern konfiszierter oppositioneller Blätter abspielten, benutzten etwa 15 Cuza-Studenten die Gelegenheit, um über jüdische Passanten herzufallen und sie schwer zu mißhandeln. Mehrere jüdische und jüdisch aussehende Passanten wurden fürchterlich verprügelt.

Kischinew, 18. Mai. (JTA.) In der Ortschaft Baltzi ereignen sich seit einiger Zeit fast täglich antisemitische Ausschreitungen. Die Cuzisten durchziehen in Gruppen die Stadt und schlagen auf alle Juden, die ihnen in den Weg kommen, mit Stöcken und Knüppeln los. In der Nacht von Donnerstag zu Freitag richteten Antisemiten auf dem jüdischen Friedhof von Baltzi ungeheure Verwüstungen an. Zahlreiche Grabsteine wurden umgestürzt und zertrümmert. Unter der jüdischen Bevölkerung herrscht größte Erregung. An den Ministerpräsidenten Maniu und den Innenminister Vaida wurden Protesttelegramme abgeschickt.

Sämtliche jüdischen Schüler des Lyzeums „Creanga" in Baltzi wurden aus der Schule ausgeschlossen. Professor Stamate erklärte den christlichen Schülern, daß die Juden die ärgsten Feinde des rumänischen Volkes seien und darum ausgerottet werden müssen. Er forderte die christlichen Schüler auf, mit ihren jüdischen Kollegen nicht mehr zu sprechen.

Jüdische Trauer um Frithjoff Nansen

Genf, 15. Mai. (JTA.) Der allgemeinen Trauer über das Ableben des berühmten Polarforschers Prof. Frithjoff Nansen, Oberkommissar des Völkerbundes für das Flüchtlingswesen, schließen sich auch alle jene jüdischen Kreise an, die mit der Völkerbundsarbeit verbunden sind. Das von

Nansen zugunsten der Flüchtlinge geleitete Hilfswerk kam auch vielen Tausenden jüdischen Flüchtlingen zugute. In der Zeit der Hungersnot in Rußland im Jahre 1922 hat das Nansen-Werk auch den russischen Juden Hilfe gebracht. Die „Jüdische Welthilfskonferenz" in Paris hat einen Teil ihres Hilfswerks für die hungernden Juden Rußlands im engsten Kontakt mit den von Nansen geschaffenen Organisationen durchgeführt.

Bei den vielen jüdischen Aspekten des Flüchtlingsproblems zeigte sich Nansen immer als ein warmer und von Energie beseelter Freund. Seine Dienste waren uns in politischer Hinsicht von unschätzbarem Wert. Auf Anregung des Joint Foreign Committee und der Jewish Colonisation Association hat er im Interesse der jüdischen Emigration interveniert, so u. a. als Südamerika sich anschickte, die Tore für neue Einwanderer zu schließen. In der Krisis der Jahre 1921—23, als die polnische und die rumänische Regierung gegen die russisch-jüdischen Flüchtlinge, die sich in den Grenzgebieten dieser Länder ansammelten, vorzugehen im Begriffe waren, hat Nansen die jüdischen Gesellschaften in der Abwehr dieser geplanten Maßnahmen unterstützt. Als im Herbst 1923 die polnische Regierung die Flüchtlinge ausweisen wollte, berief er eine Sondersitzung des Beratenden Komitees ein, dessen Eingreifen eine Zurücknahme der Drohung zum Ergebnis hatte. Als die rumänische Regierung eine Ausweisung der jüdischen Flüchtlinge aus Bessarabien unter harten Bedingungen anordnete, sandte er in seiner Eigenschaft als Oberkommissar einen energischen Protest nach Bukarest und bewirkte die sofortige Zurücknahme des Ausweisungserlasses. Er intervenierte auch erfolgreich zugunsten der mit Entrechtung bedrohten ausländischen jüdischen Studenten an den österreichischen Hochschulen.

Frithjoff Nansen, der seit der Gründung des Völkerbundes an allen Völkerbundstagungen teilgenommen hat, war ständiger Berichterstatter der 6. Kommission, die die Mandatsangelegenheiten zu behandeln hatte. In der letzten Plenarversammlung des Völkerbundes, Ende 1929, hat Nansen als erster Redner die Augustereignisse in Palästina zur Sprache gebracht.

Palästinabeschlüsse auf der Tagung der Exekutive der Zweiten Internationale

Der Anschluß der Mifllegeth Poale Erez Israel an die Zweite Internationale vollzogen

Aus führenden Kreisen der Liga für das arbeitende Palästina wird der Jüdischen Telegraphen-Agentur über den Inhalt der Beratung der Palästinafrage in der am Dienstag, dem 13. Mai, abgehaltenen Berliner Tagung der Exekutive der Arbeiterinternationale und über die Bedeutung der gefaßten Entschlüsse mitgeteilt:

Die Beratung der Palästinafrage bei der Exekutivesitzung der Internationale in Berlin bedeutet einen weiteren Fortschritt auf dem Wege der Gewinnung der Sympathien der internationalen sozialistischen Welt für das arbeitende Palästina. Die bei der Exekutivesitzung angenommenen Resolutionen werden insbesondere dem arbeitenden arabischen Volke zeigen, daß die jüdische Arbeiterschaft Palästinas auf die Sympathie und die Solidarität der ganzen arbeitenden Welt rechnen kann. Die Aussprache war von einer Gruppe angeregt, die dem Zionismus auch heute noch nicht mit Sympathie gegenübersteht. An der Debatte, die der Annahme der Resolutionen vorausging, beteiligten sich eine Reihe von jüdischen Mitgliedern der Exekutive, insbesondere aus dem Osten Europas, und gaben weltanschauliche Deklarationen gegen den Zionismus und das jüdische Arbeiterwerk in Palästina ab. Sie argumentierten dabei mit den altbekannten assimilatorischen und bundistischen Argumenten. Andere jüdische Mitglieder der Exekutive dagegen hielten sich zurück oder nahmen einen vermittelnden Standpunkt ein. Von englischer Seite wurde den Weltanschauungsreden der jüdischen Gegner des Zionismus sehr eindrucksvoll entgegengetreten. Über die politischen Fragen des Palästina-Aufbaus und die aktuellen politischen Probleme fand keine Debatte statt, was aber wohl an der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit lag. Die Resolutionen wurden einstimmig angenommen, nachdem der Vertreter Palästinas, Kaplansky, in wirkungsvoller Weise den jüdischen Kritikern geantwortet hatte. Im einzelnen gelang es, eine Erklärung der Solidarität der Internationale für die jüdische Arbeiterschaft Palästinas zu erlangen, ohne daß die Internationale damit zum zionistischen Problem als solchem Stellung nimmt. Die Internationale hat weiterhin der jüdischen Arbeiterschaft Palästinas ihr Vertrauen ausgesprochen, daß sie einen Weg der Verständigung mit dem arabischen Volke in Palästina finden wird, der jede Verhetzung des einen Teiles ausschließt. In der Frage der Ligen für das arbeitende Palästina wurde der Irrtum, der in gewissen Kreisen der Internationale bestand, aufgeklärt, wonach die Liga und der geplante Weltkongreß für das arbeitende Erez Israel eine Veranstaltung internationalen Charakters sein solle, an der auch nichtjüdische Sozialisten teilnehmen. Es wurde der Palästinasektion der Internationale und dem Weltverband Poale Zion freie Hand bei der Schaffung von Ligen und bei der Mitarbeit in ihnen wie auch für den Kongreß für das arbeitende Erez Israel gegeben. Gleichfalls dürfen die sonstigen jüdischen Sozialisten an diesen Institutionen teilnehmen, wenn sie sich nach freiem Ermessen dazu entschließen. Es wurde festgestellt, daß die Poale Zion an zionistischen Kongressen und, wie auch andere jüdische Sozialisten, an der Jewish Agency teilnehmen dürfen, und es wurde dabei die Hoffnung ausgesprochen, daß sie bei der tatkräftigen Durchsetzung der Interessen der jüdischen Arbeiterklasse in diesen Institutionen Erfolg haben werden. Die Bildung der vereinigten Arbeiterpartei Palästinas Mifllegeth Poale Erez Israel wurde zur Kenntnis genommen, und die Partei erneut als palästinensische Landessektion der Internationale anerkannt. Es wurde weiterhin festgestellt, daß die Landesgruppen der Zoale Zion in der Welt mit dieser Sektion konföderiert sind.

Auch wenn in diesen Resolutionen noch nicht alles erreicht worden ist, was die jüdische Arbeiterschaft Palästinas und der sozialistische Zionismus von der Internationale erwarten können, so ist doch ein wesentliches Ziel erreicht worden. Der von den Gegnern vorbereitete große Angriff gegen die palästinensische Arbeiterschaft ist nicht zur Auswirkung gelangt, und das Ergebnis einer Erklärung der Solidarität mit der jüdischen Arbeiterschaft Palästinas auf der einen Seite, die organisatorischen Möglichkeiten auf der anderen Seite, die sich aus den Beschlüssen ergeben, werden günstige Folgen für die weitere politische und wirtschaftliche Arbeit der sozialistischen zionistischen Bewegung haben.

Das jüdische Volkseinkommen in Europa und Amerika

An Hand verschiedener offizieller Statistiken sowie eigener Schätzungen unternimmt Menes (Wirtschaft und Leben, Februar 1930) den Versuch, das Einkommen der jüdischen Bevölkerung in Europa und Amerika zu errechnen. Trotzdem die absoluten Zahlen mit Vorbehalt aufgenommen werden müssen und im ganzen nur als Schätzungswerte gelten können, sind die Ergebnisse sehr aufschlußreich. Sie geben ein ungefähres Bild von der Lage der Juden in der ganzen Welt, von der Bedeutung und den Aussichten der Aufbauarbeit der großen jüdischen Organisationen in Osteuropa.

Das Einkommen der jüdischen Bevölkerung in Rußland verteilt sich wie folgt.

Soziale Gruppen	Bevölkerungszahl in Tausend.	Durchschnittl. Jahreseinkommen eines wirtschaftlich Aktiven	Summe in Millionen
Lohnarbeiter	415	930	386
Kleinbürgertum . . .	361	660	238
Arbeitslose	210	300	63
Insgesamt für städtische Bevölkerung . . .	986	696	687
Bauern	110	225	25
Insgesamt für Stadt und Land	1096	650	712

Der Verfasser stellt fest, daß das durchschnittliche jüdische Einkommen infolge der ungünstigen sozialen Struktur um 16 Prozent niedriger ist, als das der nichtjüdischen städtischen Bevölkerung. Noch größer wird diese Differenz, wenn man das Einkommen nicht nur der wirtschaftlich Aktiven, sondern der Gesamtbevölkerung in Betracht zieht. Es beträgt dann: bei den Juden 275, bei Nichtjuden 365 Rubel jährlich, also um etwa 35 Prozent mehr.

Als Grundlage für die Berechnung des Einkommens der jüdischen Bevölkerung in Deutschland dienten dem Verfasser die Angaben der jüdischen Steuerbehörden. Das jüdische Einkommen in Deutschland beträgt nach seiner Schätzung 1450 bis 1600 Millionen Reichsmark jährlich, wobei ihm als durchschnittliches Einkommen das Einkommen der jüdischen Bevölkerung Berlins dient. Dabei wird festgestellt, daß die Zahl der deutschen Juden, die in besonders günstigen Verhältnissen leben, verschwindend klein ist und daß die große Masse der Juden über kein höheres Einkommen als die Nichtjuden verfügt.

Das Einkommen der Juden in Polen berechnet der Verfasser nach dem Einkommensdurchschnitt der städtischen Bevölkerung. Es setzt sich wie folgt zusammen:

Soziale Gruppen	Zahl der wirtschaftlich Akiven (in 1000)	Durchschnittliches Einkommen	Summe in Millionen Zloti
Selbständige Händler . .	249	3240—3600	806,8—896,4
Andere Selbständige . . .	247	3600—4000	889,2—988,0
Arbeiter	229	1900—2100	435,1—489,9
Mithelfende Arbeiter . . .	199	900—1000	179,1—199,0
Insgesamt	924	2500—2775	2310,2-2573,3

Die Angaben über die jüdische Bevölkerung sind laut der Volkszählung des Jahres 1921 zusammengestellt. Da sich die Bevölkerung inzwischen um 7 Prozent vergrößert hat, errechnet der Verfasser als endgültige Summe für das Jahr 1928 2472 bis 2744 Millionen Zloti heraus. Er stellt dabei die bekannte Tatsache fest, daß das Durchschnittseinkommen der Juden niedriger als das der Nichtjuden ist. Das Einkommen von den 3 Millionen polnischen Juden ist bedeutend kleiner als das Einkommen des fünfmal kleineren deutschen Judentums.

Bei der Berechnung des Einkommens der jüdischen Bevölkerung in Amerika nimmt der Verfasser ebenfalls als Grundlage das Durchschnittseinkommen der städtischen Bevölkerung (875 Dollar jährlich) an, da die Juden Amerikas dort eine Mittelschicht bilden. Das ergibt für 4,25 Millionen Juden 3,72 Milliarden Dollar jährlich. Die Zahl des europäischen Judentums ist fast zweimal so hoch wie die des amerikanischen. Das jüdische Einkommen in Europa bildet jedoch kaum 40 Prozent des Einkommens der amerikanischen Juden.

Für die übrigen Länder schätzt der Verfasser: 200 Millionen Dollar für die Juden in Osteuropa, 300 Millionen in Westeuropa und 176 Milionen im übrigen Amerika. Das Einkommen errechnet er nach dem entsprechenden allgemeinen Durchschnitt.

Insgesamt beträgt das Gesamteinkommen der jüdischen Bevölkerung in Europa und Amerika:

	Millionen Dollar
Rußland	365
Polen	280— 310
Deutschland	345— 380
Das übrige Osteuropa	200
Das übrige Westeuropa	300
Vereinigte Staaten	3720
Das übrige Amerika	176
Zusammen	5386—5451

Schl.

Aus dem Maiheft des von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise herausgegebenen wertvollen und instruktiven Zeitschrift.

Aus der jüdischen Welt

Sitzung des Landesvorstandes der Z. V. f. D.

Berlin, den 19. Mai. (JTA.) Am Sonntag, dem 18. Mai, fand eine stark besuchte Sitzung des Landesvorstandes der Zionistischen Vereinigung für Deutschland in Berlin statt. Den Vorsitz führte in Vertretung von Herrn Blumenfeld, der zur Zeit in Palästina weilt, Herr Dr. Siegfried Moses.

Die Vormittagssitzung war einer eingehenden Beratung des Statuts (Referent: Alexander Adler) und des neuen Entwurfes der Maasser-Ordnung für die Mitglieder der Z.V.f.D. (Referent: Dr. Martin Rosenblüth) gewidmet.

Hieran schloß sich die Fortsetzung der Aussprache über das Thema „Bekämpfung des Antisemitismus und Wirtschaftsnot der deutschen Juden" mit einleitenden Referaten der Herren Landauer und Alfred Berger. Nach einer sehr eingehenden Aussprache, an der sich insbesondere die Herren E. Ascher, Bileski, Förder, Goldmann, Ilberg, Klinoff, Moses, Noack, Nußbaum, Samuel, Weltsch beteiligten, wurde beschlossen, die in der vorigen Sitzung eingesetzte Studienkommission zu einer ständigen Kommission unter Hinzuwahl von Mitgliedern zu erweitern. Dieser Kommission wurde die Aufgabe übertragen, auf der Grundlage der Sitzung vorgelegten Thesen praktische Vorschläge für konkrete Beschlüsse des Landesvorstandes auszuarbeiten.

Der größte Teil der Nachmittagssitzung war einer Aussprache über die gegenwärtige politische Lage und die sich hieraus für die zionistische

DER AUFSTAND

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

14. Fortsetzung

„Würden Sie die Güte haben, ihm meine Karte zu übergeben?"

„Ich werde sie ihm übergeben" — die Dame blieb unbeweglich —, „doch ich mache Sie darauf aufmerksam, Jan wird Paris nicht verlassen, vor allem aber — wir hungern."

„Sie werden nicht mehr hungern."

„Daraus wird nichts... Jan wird Paris nicht verlassen, und vor allen Dingen müssen Sie mir zusichern, daß wir nicht mehr hungern werden... Jan darf davon nichts erfahren, er glaubt, ich käme mit den lächerlichen paar Franken aus, die er jede Woche verdient.."

Kahane steckte der Dame ein Päckchen Banknoten zu; sie wurde weicher und öffnete eine Seitentür:

„Bitte, treten Sie ein!"

Vor Kahane stand ein Mann in den Sechzigern mit zwei guten Augen und einem offenen Gesicht. Es war kaum zu glauben, daß das der Diktator war, dessen Name das Volk erzittern machte. Dieses Gesicht war nicht fähig, einem Menschen wehe zu tun.

„Sie wünschen also, Genosse, daß ich mit Ihnen fahre?" Die Stimme des Exdiktators war weich wie die eines Kindes. „Gut, setzen Sie es bei Leonora durch."

„Daraus wird nichts... Jan wird Paris nicht verlassen."

Die Ruhe und das offene Gesicht des Diktators waren verschwunden, und vor Kahane saß jetzt ein gebrochener Greis mit erloschenen Augen, der seiner Frau nicht zu widersprechen wagte und während ihrer Worte sichtlich kleiner geworden war.

„Sie werden mit uns frühstücken!" Hochmütig richtete Leonora ihre Einladung an Kahane. „Doch daraus wird nichts... Jan wird Paris nicht verlassen... er hat genug Opfer gebracht... ich ebenfalls, ich bin eine geborene Radziwill..."

Nach dem Frühstück wurden die kleinen Zimmer in der Kommune aufgeräumt, und dann erschienen nach und nach die Damen in der Hausküche.

Jede kam mit Taschen und Säckchen und suchte einen Platz beim Tisch oder beim Herd zu ergattern; das tat man beileibe nicht auffällig, es hatte den Anschein, als sei niemand an einem bevorzugten Platz gelegen, als sei jeder nur auf das Wohl des andern bedacht und bereit, den letzten Bissen mit ihm zu teilen. Und die Bissen in der Kommune waren recht mager. Doch die Damen standen vor ihren Töpfen mit Graupen, Kraut und Rübensuppe, als hätten sie einen Braten in der Pfanne. Und mochte die Not auch noch so groß sein, so unterließ es doch keine, sich vor der andern herauszustreichen.

„Jaques liebt Kraut nicht!"

„Anatole ebenfalls nicht!"

„Wenn Andrzej nicht ein Stück Fleisch oder Fisch zu Mittag hat, ißt er nichts."

Die Damen, die auf ihren Zimmern auf Haltung achteten und am Leben und den Interessen ihrer Männer teilnahmen, gaben sich in der Küche ungezwungen; sie fühlten sich wohler in ihrer Frauenwelt, die bei aller Dürftigkeit des üppigsten Reichtums voll ist.

Rachel, eine gutgewachsene junge Frau mit einem Puppengesicht, stand, den Zopf nachlässig aufgesteckt, beim Herd und briet Fische in Butter. Neben ihr machte sich Annette mit ihren weichen, zerbrechlichen Fingern so vorsichtig, als hätte sie Angst, sich zu verletzen, an einem Topf zu schaffen. Immer wieder mußte sie ihre kurzgeschnittenen Locken zurückwerfen, die ihr Pincenez verdeckten. Sie setzte ihre Worte überlegt und gewählt:

„Verstehst du, mein Kind — Jean liebt mich anders. Du bist ein hübsches Kind, Rachel, du gefällst den Männern und überdies bist du eine vorzügliche Hausfrau: du kannst kochen, waschen und bügeln — das alles kann ich nicht...'

„Nicht alle Frauen können Dichterinnen sein", warf Rachel naiv ein, wie um sich zu entschuldigen.

„Nicht alle, Rachel, nicht alle."

Rachel, die so ruhig aussah, kochte innerlich vor Wut über die Prahlereien Annettes; denn sie wußte, daß Jean Annette nicht ausstehen konnte, und hatte nur einen Gedanken

— wie sie das Annette deutlich zu verstehen geben könnte.

„Weißt du, mein Kind" — Annette fuhr fort, ihre Worte wie Perlen zu reihen — „mich liebt man ganz anders, nicht als Weib..."

„Das einzige Übel ist nur, Annette, daß die Männer gerade das Weib in der Frau lieben, und sogar dein Jean..."

„Was, mein Jean?" Annette nahm ihr Pincenez ab und sah Rachel mit kurzsichtigen, trüben Augen an.

„Er sucht auch zuallererst das Weib in der Frau...", fuhr Rachel fort. Doch da sie merkte, daß Annettes Gesicht die Farbe wechselte, vollendete sie den Satz nicht, sondern bot Annette ein Stück gebratenen Fisch auf einem Teller an:

„Versuche doch, Annette, sie haben noch gezappelt, als ich sie zerschnitt!"

Annette, durch Rachels Andeutung in Harnisch gebracht, war bereit, den Sturzbach ihrer Wut überschäumen zu lassen. Doch das angebotene Fischgericht besänftigte sie, und durch die Gläser ihres Pincenez flirrte ein mißratenes Lächeln. Der Duft der frischgebratenen Fische lockte Leonora an, die in ihrem langen, schwarzen Kleid wie ein Schatten zwischen den Töpfen wandelte.

Rachel bedeckte instinktiv die gebratenen Fische mit einem Teller; doch sie schämte sich dieser Bewegung, nahm den Teller wieder von der Pfanne und sagte:

„Möchten Sie nicht kosten, Gräfin Radziwill?"

„Ein ganz kleines Stückchen, bitte!" Leonora zog die Lippen schmal. „Danke, Rachel!"

Sie knapperte die Kostprobe mit den Schneidezähnen und sprach, als stünde sie auf der Bühne, den Blick geradeaus gerichtet:

„Der verrückte Russe hat mich wieder um den Schlaf gebracht!"

„Wer, Bakunin?" fragte Annette — ein Druck auf den richtigen Knopf genügte, um Leonora zum Sprechen zu bringen.

„Gestern hatte ich furchtbare Kopfschmerzen," Leonora setzte zwischen jedes Wort eine Atempause und schien die Worte auszusuchen, „ich lag die ganze Nacht wach. Wie ich endlich gegen Morgen einschlummere, höre ich im Halbschlaf Stimmen, sie wecken mich, nebenan schreit der Russe, schleudert Teller und Stühle umher und brüllt, er werde Jadwiga erwürgen."

„Sie hat doch seit einiger Zeit keinen...", ließ sich Rachel schüchtern vernehmen.

„Und Michel?" Hinter dem Pincenez blitzen Annettes Augen auf.

„Der Anarchist?"

„In eine schöne Gesellschaft hat mich Jan gebracht!" Leonora reckte ihren langen, dünnen Hals, fuhr mit der Zunge über die Lippen, und ihre Augen glitten wie die eines alten Vogels suchend über die Töpfe. „Man führt das Leben von Zigeunern, und vor den Leuten tut man sittsam, gibt vor, die Menschheit zu retten, ich bleibe nicht länger hier... ich habe genug geopfert... ich bin eine geborene Radziwill... Es ist mir nicht möglich, dreimal täglich Sybille zu begegnen, Heß' Frau, die er sich aus einem Freudenhaus geholt hat..."

„Und Michels Frau, Margaret, läßt das zu?" fragte Rachel.

„Ist sie denn besser?" fragte erregt Leonora.

„Nicht so laut, Margaret ist doch hier!" Annette zupfte sie an der Pelerine.

Erschrocken warf Leonora einen zwinkernden Seitenblick auf Margaret; dann nahm sie ihren ganzen Mut zusammen und sagte ganz leise, fast unhörbar:

„Ich bin stets bereit, jedermann die Wahrheit ins Gesicht zu sagen!"

In der Tür stand Jadwiga, sorgfältig gekleidet. Als sie sah, daß am Tisch und am Herd kein Platz mehr frei war, schlenderte sie gutgelaunt zwischen den Frauengruppen hin und her, warf da einen Witz ein, gab dort eine Anekdote zum besten. Als sie wieder gehen wollte, vertrat ihr Margaret den Weg:

„Wenn du meinem Michel nicht Ruhe gibst, kratze ich dir die Augen aus!"

Jadwiga erbleichte. Sie merkte, daß die Frauen von ihren Töpfen näher kamen und antwortete schlagfertig:

„Wer kümmert sich denn um ihn?"

„Du!"

„Lüge!"

Aus allen Winkeln schossen neugierige Blicke, die auf ein Ereignis warteten.

„Lüge oder nicht," schrie Margaret, „doch wenn ich dich noch einmal mit ihm treffe, dann..."

„Was dann?..." Die kleine Jadwiga trat näher und ihr schönes Gesicht glühte.

„Dann wird es nicht gut enden!"

„Das wird sich zeigen!"

„Was gibt es, Margaret, warum schreist du so?" Wie aus dem Boden gewachsen stand Michel in seinem schwarzen Hemd, das von einer Schnur mit Troddeln an den Enden umgürtet war, in der Tür.

Margaret senkte den Kopf, wurde ganz klein, und schlich sich zum Herd. Jadwiga huschte hinaus, Michel hinter ihr. In der Küche hing bleierne Stille.

Fortsetzung folgt.

Arbeit in Deutschland ergebende Aufgaben gewidmet. Die Debatte wurde eingeleitet durch die Herren Weltsch, Wolfsberg und Kanowitz. An der Aussprache beteiligten sich die Herren Halpern, Bileski, Lichtheim, Goldmann, Landauer, Weltsch. Es wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt. Der Landesvorstand nahm eine Resolution an, in der nachdrücklichst gegen die Suspendierung der von der Palästina-Regierung gewährten Zertifikate für das Halbjahr April/September 1930 protestiert wurde. (Der Wortlaut der Resolution wird noch bekanntgegeben werden.)

Es wurde ferner beschlossen, die politische Aussprache in der nächsten Sitzung des Landesvorstandes, die nicht später als Ende Juni stattfinden soll, fortzusetzen.

Paula Ollendorff 70 Jahre

Breslau, 18. Mai. (JTA.) Am Sonntag, dem 18. Mai 1930, vollendete Frau Paula Ollendorff in Breslau, die bekannte Führerin der jüdischen Frauenbewegung und der jüdischen sozialen Fürsorge, ihr 70. Lebensjahr. Frau Ollendorf gehört zu den Gründern des Breslauer Israelitischen Mädchen-Heims, des Kleinkinderheims, des Jüdischen Frauenbundes in Breslau und des Flinsberger Kinderlandheims. Nach Einführung des Frauenwahlrechts in der Breslauer Gemeinde wurde sie auf der Liste des liberalen Judentums in die Repräsentanz gewählt und kurze Zeit darauf in den Vorstand der Gemeinde berufen, dem sie noch heute als einziges weibliches Mitglied angehört. Seit der Begründung des Jüdischen Frauenbundes in Deutschland gehört sie dessen Hauptvorstand an, seit vielen Jahren als dessen zweite Vorsitzende. An der Begründung des Weltverbandes jüdischer Frauen hat sie lebhaften Anteil genommen und gehört dessen Präsidium an. Sie steht an der Spitze des Wohlfahrtsamtes der Breslauer Jüdischen Gemeinde. Im Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden ist sie ein führendes Mitglied des Wohlfahrtsausschusses. Sie ist auch in der allgemeinen interkonfessionellen Arbeit führend tätig, so in der Volkshochschule, in der Gefährdetenfürsorge, in der Gefangenenfürsorge, in der Fürsorge für die Insassen der Heil- und Pflegeanstalten, in kommunalen und politischen Angelegenheiten innerhalb der demokratischen Partei, die sie ein Jahrzehnt hindurch als Stadtverordnete vertrat.

Abermalige Verurteilung Münchmeyers

Magdeburg, 16. Mai. (JTA.) Der Antisemit Münchmeyer, ehemals Pfarrer auf Borkum, wurde vom Magdeburger Gericht wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz in zwei Fällen in Tateinheit mit öffentlicher Beleidigung der jüdischen Religionsgemeinschaft zu einer Geldstrafe von 1500 RM., an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von drei Monaten, verurteilt. Während der Verhandlung terrorisierte Münchmeyer das Gericht und die Zeugen.

Die Wahlen zum Delegiertentag der österreichischen Zionisten

Wien, 15. Mai. (JTA.) Die am 13. Mai stattgefundenen Wahlen des Kreises Wien zum Delegiertentag der österreichischen Zionisten hatten folgendes Ergebnis: 1. Allgemeine Zionisten (Listenführer Dr. Jakob Ehrlich) 1524 Stimmen; 2. Demokratische (radikale) Zionisten (Listenführer Robert Stricker) 864; 3. Revisionisten (Listenführer Dr. Karl Pollak) 317; 4. Hitachduth (Listenführer Dr. Gebhard) 256 Stimmen. Von den 60 Wiener Mandaten entfallen auf die Allgemeinen Zionisten 31, auf Hitachduth 5, auf die Liste Stricker 18, und auf die Revisionisten 6 Mandate. Die Wahlresultate in der österreichischen Provinz sind noch nicht bekannt.

Das Palästinaproblem vor dem Völkerbundsrat
Eine Erklärung Hendersons

Genf, 15. Mai. (JTA.) In der öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrates am 15. Mai, gab der Minister des Auswärtigen Großbritanniens eine Erklärung über die Palästinapolitik der englischen Regierung ab. Er sagte einleitend, daß im Verlauf der Behandlung des Berichtes der britischen Palästinauntersuchungskommission durch die Mandatskommission des Völkerbundes in ihrer nächsten Tagung der britische Bevollmächtigte ein ausführliches Statement abgeben wird, heute wolle er nur manches aus dieser Erklärung antizipieren. Die erste Aufgabe in Palästina sieht die Regierung in der Aufrechterhaltung der Ordnung. Sie hat darum die englischen Militärstreitkräfte in Palästina verstärkt und befaßt sich gegenwärtig mit dem Studium der Frage des Unterhaltes einer ständigen Garnison im Lande. Bis zur Beschlußfassung über diese Frage wird eine Reduktion der in Palästina gegenwärtig vorhandenen Militärstreitkräfte nicht vorgenommen werden. Der Polizeisachverständige Dowbiggin wurde mit der Ausarbeitung eines Vorschlages bezüglich Reorganisation und Reform der Palästinapolizei betraut; sein Bericht liegt noch nicht fertig vor, manche seiner provisorischen Vorschläge bezüglich der Verbesserung des Polizeischutzes werden schon heute durchgeführt. Die rein britische Polizeiabteilung wurde um 400 Mann erhöht, weitere 79 werden hinzukommen.

Die britische Regierung, fuhr Henderson fort, ist sich der Bedeutung der Probleme des Bodens und der Einwanderung in Palästina, auf die in dem Bericht der Shaw-Kommission hingewiesen wird, bewußt; sie entsandte Sir John Hope Simpson nach Palästina, um speziell diese Probleme zu studieren.

Die britische Regierung, sagte Henderson zum Schluß, hat die Anwesenheit einer arabischen Delegation in London benutzt, um mit ihr die zukünftige Politik zu erörtern. Die Regierung hat sich über den Standpunkt der arabischen Führer und über die arabischen Aspiriationen informieren lassen. Die Regierung widmet sich dem Studium dieses Problems und hofft, Wege zu finden, um im Rahmen des Mandates die legitimen Forderungen der Araber zu befriedigen und die von den Arabern noch gehegten Befürchtungen zu zerstreuen.

Der Völkerbundsrat ernennt die Klagemauerkommission
Der Schwede Zoefgren, der Schweizer Barde und der Holländer van Kempen

Genf, 15. Mai. (JTA.) Der Rat des Völkerbundes hat am 15. Mai in geschlossener Sitzung gemäß dem Vorschlag der englischen Regierung drei nichtenglische Persönlichkeiten zu Mitgliedern der Kommission zur Prüfung der jüdischen und der arabischen Rechte und Ansprüche in Verbindung mit der Klagemauer ernannt. Präsident der Kommission ist der ehemalige schwedische Außenminister Eliel Zoefgren, Mitglieder sind ferner der Genfer Richter Charles Barde und der Holländer van Kempen, ein früherer höherer Beamter der holländischen Kolonialverwaltung.

Das persische Ratsmitglied, Ala Khan, enthielt sich der Abstimmung, erklärte aber, er habe Vertrauen zur Mandatarmacht, daß sie die Wünsche der Muselmanen ernstlich berücksichtigen wird.

Wechsel der deutschen Vertretung in der Mandatskommission

Genf, 14. Mai. (JTA.) Seitens der Mandatskommission wird offiziell bekanntgegeben, daß der bisherige Vertreter Deutschlands in der Mandatskommission, Dr. Ludwig Kastl, aus der Mandatskommission ausgeschieden ist, da es ihm an Zeit mangelt, seine Funktion innerhalb der Mandatskommission in Zukunft auszuüben. In der Mitteilung wird gesagt, daß alle Mitglieder der Kommission einmütig das Ausscheiden Kastls bedauern, der besonders nützliche Arbeit geleistet hat und für diese Funktion nicht nur infolge seiner Erfahrungen in der kolonialen Administration, sonder auch dank seiner intimen Kenntnis des internationalen Lebens in seinen wirtschaftlichen und politischen Ausblicken besonders qualifiziert war.

Als neues deutsches Mitglied tritt Dr. Ruppel in die Mandatskommission ein. Dr. Ruppel gilt nicht nur in deutschen, sondern auch in internationalen Kreisen als ein besonderer Kenner kolonialer Fragen. Mit der Palästinafrage, die in der Regel einen wichtigen Platz in den Arbeiten der Mandatskommission einnimmt, hat er sich bisher öffentlich nicht befaßt.

Der „Palästina-Tag" in Palästina und in Indien ruhig verlaufen

Jerusalem, 18. Mai. (JTA.) Der auf Grund des Beschlusses der allindischen moslemitischen Konferenz am 16. Mai auch in Palästina veranstaltete „Palästina-Tag" zum Protest gegen Mandat und Balfour-Deklaration ist in ganz Palästina ruhig verlaufen. Der Aufforderung der arabischen Exekutive an die moslemitischen und christlichen Araber, am „Palästina-Tag" die Arbeit niederzulegen, haben — wie Polizeiinspektor Major Wainbright der JTA mitgeteilt hat — etwa 75 Prozent der Arbeiter und Angestellten Folge geleistet. Die arabischen Ladenbesitzer haben der Streikparole in einem höheren Prozentsatz Folge geleistet, da gegen die Kaufleute ein größerer Druck ausgeübt werden konnte. Nach den Gebeten in der Omar-Moschee wurde in Jerusalem ein großer Teil der Läden wieder geöffnet. Die Gemüse- und Obstverkäufer auf den Märkten hatten der Streikparole nicht Folge geleistet, sondern hielten den ganzen Tag über ihre Stände offen.

London, 18. Mai. (JTA.) Die Moslems in Bombay, Indien, haben am 16. Mai den von der allindischen moslemitischen Konferenz proklamierten „Palästina-Tag" feierlich begangen. Demonstrationszüge mit Fahnen und Transparenten, die die Inschriften „Weg mit der Balfour-Deklaration" trugen, zogen durch die Straßen. Es wurden auch Versammlungen abgehalten, und Resolutionen gefaßt, in denen die Erfüllung der Wünsche der palästinensischen Mohammedaner gefordert wird.

Arabische Bauern schließen Frieden mit jüdischen Kolonisten

Jerusalem, 18. Mai. (JTA.) Die Fellachen des Dorfes Raafat, gegen die Klage erhoben wurde, daß sie ihr Vieh auf dem Boden der jüdischen Kolonie Kalandia in der Nähe von Jerusalem weideten, haben sich an die jüdischen Kolonisten von Kalandia mit der Bitte gewandt, die Klage zurückzuziehen und Frieden mit ihnen zu schließen. Bei Anwesenheit der Polizei wurde zwischen Fellachen und jüdischen Kolonisten ein feierliches Abkommen getroffen. Die Fellachen versprachen, in Zukunft nie etwas gegen die jüdischen Kolonisten zu unternehmen und sprachen in feierlichen Worten den Kolonisten den Dank dafür aus, daß sie die Klage zurückgezogen haben.

Luke kehrt nach Palästina zurück

Jerusalem, 8. Mai. (JTA.) Die in Jerusalem weilende Gattin des gegenwärtig auf einem längeren Urlaub in England befindlichen Chefsekretärs der Palästinaregierung, H. C. Luke, erklärte dem JTA-Vertreter, ihr Gatte werde nach Beendigung der Junitagung der Mandatskommission des Völkerbundes, auf der er als Begleiter des beglaubigten Vertreters der englischen Regierung anwesend sein und auf Fragen der Kommissionsmitglieder Auskünfte erteilen wird, nach Palästina zurückkehren und seine Amtsgeschäfte wieder aufnehmen.

Dowson nicht Assistent Simpsons, aber Verfasser eines Memorandums über die Bodenfrage

Jerusalem, 13. Mai. (JTA.) Die arabische Zeitung „Felestin" brachte die Meldung, daß Sir Ernest Dowson, der frühere Bodenkommissar für Palästina, im Lande eingetroffen sei, um als Assistent des Spezialkommissars Sir John Hope Simpson zu fungieren. (Siehe JTA-Dienst vom 14. Mai.) Auf Anfrage der JTA in Jerusalem wird von zuständiger Stelle diese Mitteilung dementiert. Richtig ist, das Dowson sich auf dem Weg vom Irak nach London in Palästina aufhält, und der Palästina-Regierung ein Memorandum über die Bodenfrage überreicht hat.

Entfernung der jüdischen Almosen-Empfänger aus dem Gebiet der Klagemauer

Jerusalem, 15. Mai. (JTA.) Die Palästina-Regierung hat der Polizei die Weisung erteilt, die jüdischen Bettler aus dem Gebiete der Klagemauer zu entfernen, weil die Stelle vor der Mauer eine öffentliche Passage ist. Diese Maßnahme hat in Jerusalem Aufsehen erregt. Als vor einiger Zeit das Betteln in den Hauptstraßen Jerusalems verboten wurde, gab der Gouverneur von Jerusalem, Keith Roach, einer Abordnung der jüdischen Gemeinde das ausdrückliche Versprechen, daß diese Maßnahme gegen die Bettler an der Klagemauer nicht Anwendung finden werde, weil der Platz vor der Mauer nicht als eine öffentliche Passage angesehen werde. In jüdischen Kreisen weist man darauf hin, daß die Bettler vor der Omar-Maschee und vor dem Heiligen Grabe ungeschoren gelassen werden. Die jüdischen Bettler an der Klagemauer boten dem einzelnen Besucher eine gewisse Sicherheit gegen arabische Überfälle, auch gaben sie dem Klagemauergebiet einen gewissen jüdischen Aspekt.

Eine Sonderkommission der Palästina-Exekutive für Boden-, Landwirtschafts- und städtische Kolonisationsfragen unter Vorsitz Dr. Ruppins

Jerusalem, 13. Mai. (JTA.) In Zusammengang mit den aus der Ernennung des Spezialkommissars Sir John Hope Simpson sich ergebenden Aufgaben ernannte die Palästina-Exekutive der Jewish Agency eine besondere Kommission für die Bearbeitung der Bodenfrage, der Agrarfragen und der Fragen der städtischen Kolonisation. Die Kommission steht unter dem Vorsitz von Dr. Arthur Ruppin und wird mit der vom Waad Leumi für ähnliche und andere Aufgaben gewählten Kommission zusammenarbeiten.

Gemeinden-u.Vereins-Echo

Hebräische Sprachkurse München

Das Sommersemester begann am 1. Mai. In sämtlichen bestehenden Kursen werden neue Schüler aufgenommen. Zu Beginn dieses Semesters entstanden zwei neue Kurse; ein Anfängerkurs und ein Grammatikkurs. Der Grammatikkurs ist in drei Stufen eingeteilt: 1. Stufe: Grundlagen der hebr. Grammatik; 2. Stufe: Wiederholung und ausführliche Behandlung des Stoffes; 3. Stufe: historische Grammatik. Besondere Aufmerksamkeit wird in diesen Kursen auf die praktischen Übungen gelegt. In diesem Semester findet ein Kurs der 1. Stufe, und zwar Donnerstag abend von 8.15 bis 9.15 Uhr statt. Die Eltern werden besonders auf die drei Elementarkurse für Kinder, die am Dienstag und Mittwoch nachmittag stattfinden, aufmerksam gemacht.

Der Stundenplan für das Sommersemester ist folgender:

Mo	7—8 Uhr Kurs I	8—10 Uhr Anfängerk.	—	—
Di	7—8 Uhr Kurs II	5—6.30 Uhr Kinderkurs III	7.30—9.00 Kurs V	—
Mi	4.15—5.15 Kinderkurs I	5.15—6.15 Kinderkurs II	7—8.15 Uhr Kurs III/IV	8.30—9.30 Jesaia-Vorlesung
Do	2—3 Uhr Kurs I	7.15—8.15 Kurs II	8.15—9.15 Grammatikkurs	—

Alle Stunden, die nicht ausdrücklich mit „Morgens" bezeichnet sind, finden abends statt.

Leiter der Kurse: A. Percikowitsch.

Gesuche um Ermäßigung des Schulgeldes sind an das Komitee der Hebräischen Sprachkurse, z. H. des Herrn Paul Grünbaum, Rothmundstr. 6, bis spätestens 15. Juni zu richten. Interessenten werden gebeten, sich möglichst bald im Unterrichtslokal, Herzog-Rudolf-Straße 1, zwischen 3 und 6 Uhr (Telefon 2 97 4 49), anzumelden.

Aufführung von Stefan Zweigs „Jeremias"

Im Rahmen der Delegiertentagung des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands wird am Pfingstsonntag, dem 8. Juni 1930, abends 20½ Uhr in der Tonhalle in München Stefan Zweigs dramatisches Gedicht „Jeremias" durch die Künstlerische Arbeitsgemeinschaft des Jüdischen Jugendvereins Düsseldorf dargebracht werden.

Stefan Zweigs „Jeremias" hat, wie kein anderes Werk eines jüdischen Dichters, seinen Platz in der Erziehungsarbeit der jüdischen Jugend Deutschlands gefunden. Die Künstlerische Arbeitsgemeinschaft hat das Werk in eigener Bearbeitung bereits im Jahre 1929 in einem der größten Säle Düsseldorfs vor einer tausendköpfigen Zuhörerschaft zur Aufführung gebracht.

Die Düsseldorfer Tagespresse und das Jüdische Gemeindeblatt in Düsseldorf haben seinerzeit in ausführlichen Besprechungen zu dieser Aufführung Stellung genommen und übereinstimmend die starke menschliche und künstlerische Wirkung dieser Gemeinschaftsleistung hervorgehoben und die von tiefem Einfühlungsvermögen und

starker Gestaltungskraft zeugende Darstellung gerühmt. Der Entwurf für das Bühnenbild der Düsseldorfer und Münchener Aufführung stammt von einem der führenden rheinischen Theaterleute.

Die Künstlerische Arbeitsgemeinschaft gilt mit Recht als die führende jüdische Laienspielschar in Deutschland.

Die aus Anlaß der 8. ordentlichen Delegiertentagung des Verbandes in München stattfindende Aufführung erhält ihr besonderes Gepräge dadurch, daß Stefan Zweig ihr persönlich beiwohnen wird.

Eine rechtzeitige Kartenbestellung bei den aus der heutigen Anzeige ersichtlichen Verkaufsstellen empfiehlt sich, da infolge der zahlreichen Delegiertenanmeldungen von auswärts ein großer Teil der Karten schon vorbestellt ist.

Jüdischer Jugendverein München

I. Unsere Donnerstagabende erfreuen sich eines immer stärker werdenden Besuches, ein Beweis dafür, daß sowohl das Thema: „Die Juden in der deutschen Politik", als auch der Referent, Herr Lehrer Adler, in gleichem Maße unsere Zuhörer zu fesseln verstehen. Am Himmelfahrtstage, 29. Mai, findet kein Vortrag statt. (Siehe Wanderungen!)

II. Freitagabendfeiern finden regelmäßig Herzog-Max-Straße 3/I, Beginn 21 Uhr, statt. Alle jungen Juden Münchens, denen die Weihe eines häuslichen Freitagabends versagt ist, sind herzlich willkommen.

III. Unsere Tennisgruppe hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Auskunft beim Gruppenleiter Dr. Wellisch, Holbeinstraße 6/0.

IV. Unsere Junggruppe hat ihre Heimnachmittage jeden Samstag, Herzog-Max-Str. 3/I, und zwar:

a) für die Jüngeren um 15 Uhr;
b) für die Älteren um 17 Uhr.

Bei gutem Wetter Sonntags regelmäßig Fahrten. Auskunft beim Fahrtenleiter Werner Hecht, Schwanthalerstraße 53.

V. Wanderungen. Donnerstag, 29. Mai. (Himmelfahrt.) Benediktenwand. Treffpunkt: 5.55 Uhr Starnberger Bahnhof. Sonntagskarte Benediktbeuern. Preis: RM. 3.50.

Wochenprogramm der V. J. St. „Jordania"

Samstag, 24. Mai: 3.30 Uhr auf dem Platz Säbener Straße.

Sonntag, 25. Mai: Bei gutem Wetter Ausflug; bei schlechtem Wetter 4 Uhr Karlstor.

Mittwoch, 28. Mai: 8.30 Uhr Burschenkurs für a. B. a. B. und F. F. off.

Bar-Kochba, Sportabteilung. Am 1. Juni, also in der allernächsten Zeit, findet der Großstaffellauf Grünwald-München statt. Sämtliche Aktive, welche bereits den Mannschaften zugeteilt sind, haben den letzten Trainingsstunden unbedingt beizuwohnen. Das Training findet jeden Dienstag und Donnerstag, abends 7 Uhr, und Sonntag, vormittags halb 10 Uhr, statt. Wir machen darauf aufmerksam, daß Donnerstag, 29. Mai (Christi Himmelfahrt), vorm. halb 10 Uhr, am Säbener Platz, die Generalprobe für den Staffellauf statt. Niemand fehle! Dreß besteht aus weißem, ärmellosem Trikot mit Mogen-Dovid, weißer Hose mit hellblauen Bändern umrandet.

Die Leitung.

Bar-Kochba, München. Der endgültige Termin des leichtathletischen Klubkampfes wird in der nächsten Nummer des Blattes bekanntgegeben. Da der nordbayerische Verband noch Schwierigkeiten bereitet, wird der Termin für 15. Juni wahrscheinlich nicht eingehalten werden können.

Die Vorstandschaft.

Bar-Kochba. Damen-, Mädchen-, Kinderabteilung. Der gesamte Turnbetrieb ist wieder in vollem Gang. Die Damenabteilung I turnt jeden Montag von 7—8 Uhr, die Damenabteilung II von 8—9 Uhr, die Mädchenabteilung von 6—7 Uhr in der Luisenschule. Kinderturnen: Kinderabteilung I turnt Mittwoch von 3—4 Uhr, Kinderabteilung II von 4—5 Uhr in der Jüdischen Volksschule, Herzog-Rudolf-Straße 5/0.

Münchener Spendenausweis Nr. 25
vom 13. Mai bis 20. Mai 1930

Pessach-Aktion. Gesammelt durch Frl. Isa Straus: Dr. Raph. Straus 5.—, N. N. 5.—, N. N. 5.— = 15.—.

Wela-Laufer-s.-A.-Garten. Anläßlich der Jahrzeit von Frau Wela Laufer s. A. Harry Laufer 1 Baum 6.—, Dora Laufer 1 Baum 6.— = 12.—.

Goldenes Buch ZOG, München. Jakob und Henny Reich kondolieren Herrn Schachno 1.—.

Allgemeine Spenden. H. B. 1.—.

Büchsen. Geleert durch Alma Pistiner: Gustav Sachs 5.—, Rabinowitz 2.70, H. Glaser 2.30, Pistiner 2.—, Restaurant Weiß 1.66, Frau R. Kohn —.86 = 14.57; geleert durch Herrn Jos. Schenirer: Jakob Reich 11.42, A. Pilpel 6.10, Dr. R. Straus 3.—, Sieg. Spielmann 3.—, Dr. S. Feuchtwanger 2.74, Kestler 2.72, M. Waldner 1.73, Dr. L. Feuchtwanger 1.50, Schenirer 1.40 = 33.61; geleert durch Oskar Finkel: Julius Levite 12.80, Em. Droller 10.45, Frau Stiefelzieher 6.72, Dr. M. Kupfer 3.—, Oskar Böhm 2.23, Paul Koronczyk 1.06, Jos. Ziegler 1.—, N. Krieger 1.— = 38.26; geleert durch Frl. Mariechen Oppenheimer: Justizrat Dr. E. Fränkel 9.32, M. Philipson 6.13, Frau Klara Weil 3.40, Dr. A. Fraenkel 3.02, Frau Sophie Eben 2.70, Fritz Schaal 2.34, I. Schwaber 2.25, Dr. Leo Feuchtwanger 2.05, Z. Kreschower 2.—, S. Silber 2.—, N. Nußbaum 1.—, M. Jeidel —.83 = 37.04; geleert durch Frl. Leni Kalter: Markus Eisen 9.37, Jakob Schorr 8.47, Restaurant Schwarz 6.06, Bernh. Löwenstein 2.—, N. N. 1.—, Jos. Lampel —.85, Frl. M. Hahn —.80, Frau Falkenstein —.54 = 29.09.

Einzelne Büchse. Geleert durch Frl. M. Böhm: Sally Kaufmann 5.40.

Summa: 186.97 RM.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1929 6276.66 RM.

Benützt bei allen Anlässen die Telegramm-Ablösungsformulare des Jüdischen Nationalfonds. Preis 50 Rpf. Erhältlich im Büro des J.N.F., Herzog-Rudolf-Straße 1.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Spenden im „Jüdischen Echo" ausgewiesen werden können, die spätestens Dienstag jeder Woche aufgegeben und einbezahlt wurden im

Büro des Jüdischen Nationalfonds, Herzog-Rudolf-Straße 1.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 16. Mai 1930

Spendenbuch: Herr und Frau Ludwig Gutmann anl. Geburt ihres Sohnes 10.—, Frau Clara Weinschenk anl. ihres Geburtstages 10.—, Herr Dr. E. Mosbacher anl. seines Einzugs 10.—.

Allgemeine Spenden. Familie Strauß und Schachno anl. Ablebens der Frau Schachno 16.—, Familie Samson Wurzinger anl. Ablebens ihres Mannes 6.—, Familie Schloß zum Tode des Herrn Schloß 6.—, Frau Recha Badmann (Öttingen) zum Tode ihres Mannes 3.—.

Pessach-Aktion. 2. Rate von Frau Käthe Freimann 30.— (Frau Max Katzenberger, Frau Ella Goldberger, Dr. Neuburger je 10.—), Dir. Georg Spiro 10.—.

Goldene Bucheintragung. Dr. Sichel (Chemnitz). Herr und Frau Bernhard Freimann (Nürnberg) Pessach-Spende 10.—.

Wertzeichen. Norbert Radoschitski 10 Bausteine gesammelt 5.—, Walter Löwenthal 10 Bausteine gesammelt 5.—, Fam. Paul Hamburger für 5 Telegrammformulare 2.50, Familie Max Gorski für 3 Telegrammformulare 1.50, Bernhard Freimann für 2 Telegrammformulare 1.—.

Büchsen. Wilhelm Gutmann 10.—.

Seit 1. Oktober 1929 aufgebracht 4919.08 RM.

Berichtigung. Beim letzten Ausweis hat sich leider ein Fehler eingeschlichen; statt Seelig-Ellern-s.-A.-Garten muß es richtig heißen Felix-Ellern-s.-A.-Garten.

Würzburger Spenden-Ausweis seit 22. April

Im Spendenbuch: Hochzeit Kissinger 10.—; Hochzeit Rudnitzki-Sofrin 5.—; Theo Rosenheimer u. Frau anl. der Geburt ihres Sohnes 10.—.

Pessach-Aktion durch Fr. Berney: Julius Adler 3.—; Eugen Kohn 2.—; durch Bernhard Bamberger aus Kitzingen 20.—.

Erna Fließ gratuliert Herrn u. Frau H. Oppenheimer (Laudenbach) z. Jubiläum zur Silberhochzeit 1 Baum 6.—.

Büchsen, geleert durch Erna Schloß: Frau Emrich 13.—; Erna Schloß 6.—; R. Lachmann, A. Schulhöfer 5.—; A. Riesenfeld 5.—; Fr. Berneg 1.—. Zusammen 86 RM.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.